

Übersichten

Mai 1997

Außenpolitik

1 Frankreich und China: Besuch des französischen Staatspräsidenten Chirac

Vom 15. bis 18. Mai besuchte der französische Staatspräsident Jacques Chirac (*Xi-la-ke*) die VR China. Es war dies der erste Besuch eines französischen Staatspräsidenten seit 14 Jahren. Im Gefolge Chiracs befanden sich neben dem Außenminister all diejenigen Ressortchefs, die außenwirtschaftlich relevante Bereiche vertreten, u.a. die Minister für Transport und Tourismus, für Industrie, für Post und Telekommunikation und für Finanzfragen. Außerdem wurde Chirac von 300 Unternehmern und Journalisten begleitet. (XNA, 16.5.97)

Nach den jahrelangen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Frankreich auf China wie ein rotes Tuch gewirkt hatte, nachdem es beispielsweise 1989 zum Hauptzufluchtsort chinesischer Dissidenten und später zum Hauptlieferanten militärischer Ausrüstungen und Flugzeuge an Taiwan geworden war, hatte sich Jacques Chirac - von Beginn seiner Präsidentschaft an - um bessere Beziehungen zur VR China bemüht und seinen guten Willen vor allem im Zusammenhang mit den Menschenrechtsdiskussionen vom März/April 1997 in Genf an den Tag

gelegt, indem er eine kritische Resolution gegen China zu verhindern suchte und sich dabei offen gegen europäische Länder wie Dänemark oder Holland stellte, die eine schärfere Gangart gefordert hatten. Für diese „weise“ Politik war Chirac ausdrücklich von der *Volkszeitung* (RMRB, 10.3.97, S.3) gelobt worden. Auch der Vorsitzende des chinesischen NVK, Qiao Shi, der zu diesem Zeitpunkt gerade Frankreich besuchte, hatte der französischen Regierung gegenüber für diese Haltung ausdrücklich Dank bekundet.

Bei einer Veranstaltung, zu der protokollarisch auch der chinesische Ministerpräsident hätte erscheinen müssen, ließ Li Peng sich damit entschuldigen, daß er verhindert sei, und zwar wegen eines mit einem laotischen Politiker vereinbarten Termins. Möglicherweise war dies eine „Retourkutsche“, nachdem Li Peng bei seinem im April 1996 durchgeführten Frankreichbesuch auf scharfe Proteste der französischen Öffentlichkeit sowie der französischen Opposition gestoßen war. (Einzelheiten dazu C.a., 1996/5, Ü 1)

Ansonsten wurden die Gespräche zwischen beiden Seiten als „freundschaftlich, offen und intensiv“ bezeichnet. Es gebe zwar noch „Differenzen“ zwischen beiden Seiten, die jedoch per Dialog gelöst werden könnten (XNA, 16.5.97). Die alte bipolare Welt bestehe nicht länger. Beide Seiten, Frankreich und China, sollten die „harmonische Entstehung und Herausbildung einer künftigen multipolaren Welt fördern“. (XNA, 16.5.97)

Beide Seiten hatten 1994 ein gemeinsames Kommuniqué zur Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen unterzeichnet und wollten sich strikt an die Einhaltung dieser Vereinbarung halten.

Zu den Höhepunkten des Chirac-Besuchs gehörten aber vor allem zwei Ereignisse, nämlich die Protokollierung von Handelsabmachungen und die Unterzeichnung einer „Gemeinsamen Deklaration“ (dazu Thema „Strategische Partnerschaften“). -we-

2 Werden Dänemark und Holland von China geschnitten? EU-Protest

Im Zusammenhang mit der im März/April 1997 abgehaltenen Menschenrechtskonferenz in Genf war es, wie gemeldet (C.a. 1997/3, Ü 2), zu einem offenen Dissens zwischen verschiedenen EU-Ländern über die

chinesische Menschenrechtspolitik gekommen: vor allem Frankreich wollte eine kritischere Resolution gegen China verhindern und wurde in dieser Haltung von Italien und Spanien unterstützt.

Die Niederlande und die skandinavischen Länder hatten demgegenüber auf eine schärfere Gangart und auf die Verabschiedung einer Verurteilungsresolution gepocht.

Deutschland verhielt sich bei diesem Streit vermittelnd, tendierte allerdings eher zur französischen Seite.

Mittlerweile bekamen dänische und holländische Firmen die „chinafeindliche“ Politik ihrer Regierungen zu spüren und wandten sich daraufhin an die EU, die sich nun ihrerseits zu Gegenschritten bemüht sah.

Am 20.5.97 erhob die EU in Beijing offiziellen Protest. E. Wilkinson, der EU-Botschafter in Beijing, bezeichnete das chinesische Verhalten gegen holländische und dänische Firmen als „untragbar“. Ein solches Verhalten werde dem Beitritt Chinas zur WTO nicht gerade förderlich sein. (FT, 21.5.97) -we-

3 Die deutsch-chinesischen Beziehungen wieder im Aufwind

a) *Politbüro-Mitglied Nr.4, Li Ruihu-an, in Deutschland*

Vom 26. Mai bis 11. Juni besuchte der Vorsitzende der „Konsultativkonferenz des chinesischen Volks“ die Länder Portugal, Griechenland und Deutschland.

Li war früher einmal Bürgermeister von Tianjin, ist als Mann der Mitte bekannt und steht hinter Jiang Zemin, Li Peng und Qiao Shi an vierter Stelle im Politbüro - noch einen Platz vor dem Hauptverantwortlichen für Wirtschaftsfragen, Zhu Rongji. Er gehört auch dem siebenköpfigen Ständigen Ausschuss des Politbüros an. Seine Stimme hat Gewicht in der chinesischen Führung (vgl. auch XNA, 16.5.97).

Li war der ranghöchste Besucher seit jenen deutsch-chinesischen Verstimmungen, die 1996 den Himmel zwischen beiden Seiten bewölkt hatten. Drei Ereignisse hatten damals zu Konflikten geführt, nämlich (1) der Schiffbruch der Münchner Chinatage, der dadurch zustande gekommen war, daß die Chinesen nach Einladungen an namhafte chinesische Dissidenten

durch die Münchner Veranstalter ihre Teilnahme abgesagt hatten, (2) die Ausweisung der Friedrich-Naumann-Stiftung - als Folge eines Tibetseminars der Stiftung, zu der auch Vertreter des Dalai Lama hinzugebeten worden waren und (3) der Beschluß des Deutschen Bundestags vom 20.6.96 gegen die chinesische Menschenrechtspolitik (ausführlich dazu C.a., 1996/6, S.598 ff.). Im Anschluß an die Bundestagsresolution war Außenminister Kinkel, der kurze Zeit später nach China reisen wollte, von Beijing ausgeladen worden. Erst mit halbjähriger Verspätung hatte er die Visite dann nachholen können.

Li Ruihuan wies bei einem Interview (*Die Welt*, 12.6.97) mit versöhnlichem Lächeln auf all diese Ereignisse zurück: die deutsch-chinesischen Beziehungen seien gut; nur im vergangenen Jahr sei es zu „kleinen Unruhen“ gekommen. „Selbst unter Brüdern“ sei Streit unvermeidbar. In der Geschichte gebe es zwischen Deutschland und China aber keine Probleme, und auch in der Gegenwart seien keine grundlegenden Interessenkonflikte erkennbar. Für China, das auf dem Gebiet der Wirtschaft und Technik der Welt größtes Entwicklungsland sei, habe es besondere Bedeutung, mit Deutschland in allen Bereichen zusammenzuarbeiten. Beide Partner könnten sich auf vielen Gebieten ergänzen und hätten auch in der Vergangenheit bereits große gemeinsame Erfolge erzielt. Deutschland sei Chinas Handelspartner Nr.1 in Europa und stehe auch bei der Koproduktion an der Spitze.

Auf die Frage nach Chinas Menschenrechtspolitik war Li offensichtlich besonders gut vorbereitet. Chinas Haltung lasse sich hier in drei Punkten zusammenfassen: (1) Das Prinzip der Universalität der Menschenrechte solle anerkannt werden; China habe im übrigen als Mitglied der UN-Menschenrechtskommission bereits 17 internationale Menschenrechtskonventionen unterzeichnet und plane, bis Ende 1997 auch die internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu unterzeichnen. (2) Allerdings müßten im Hinblick auf die konkreten traditionellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vorübergehende Einschränkungen hingenommen werden: so gehöre beispielsweise das Gebären von Kindern zu den Grundrechten der Frauen; ohne Geburtenplanung andererseits würde sich die Bevölkerung Chinas in zehn bis zwanzig Jahren verdoppeln (sic!). (3) Die Verwirklichung der Menschen-

rechte sei ein kontinuierlicher Prozeß. China sei bereit, mit jedem Land der Erde darüber gleichberechtigt Dialoge zu führen; gleichzeitig wende es sich aber energisch dagegen, daß andere Länder bei kleinstem Anlaß zu Sanktionen oder anderen Maßnahmen griffen, die der Weiterentwicklung der Menschenrechte keinerlei Vorteile brächten.

Die Rückkehr Hongkongs bezeichnete Li als ein „großes Ereignis für das gesamte chinesische Volk, weil wir mit der Rückkehr Hongkongs die hundert Jahre währende nationale Schande beseitigen können“. Die jetzige Lebensweise der Hongkonger Bevölkerung werde durch die Rückkehr in keiner Weise beeinträchtigt. China sei an der Stabilität und Prosperität Hongkongs außerordentlich interessiert. Man vergesse nicht: in den vergangenen 18 Jahren habe Hongkong, über das die Hälfte des chinesischen Außenhandels laufe, bereits eine herausragende Rolle für die Reform und die Modernisierung der VRCh geleistet. Möglicherweise tauchten nach dem Übergang Hongkongs noch da und dort Schwierigkeiten auf; immerhin gebe es ja für einen Vorgang wie die Rückkehr Hongkongs in der Geschichte keinen Präzedenzfall. Die VRCh sei aber bemüht, alle unerwartet auftretenden Probleme rechtzeitig und flexibel zu lösen.

Das nunmehr auf Hongkong praktisch angewandte Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ sei eigentlich für Taiwan ausgearbeitet worden. Nun werde es aber zuerst in Hongkong praktiziert. Komme es zu einer reibungslosen Übergangslösung in Hongkong, so werde dies auch ein „gutes Modell zur Lösung der Taiwan-Problematik abgeben“, zumal die VRCh im Falle Taiwan noch großzügiger vorgehen wolle als in Hongkong: Taiwan könne beispielsweise seine eigene Armee behalten. Die Rückkehr Taiwans sei keine Frage des Ob, sondern nur noch des Wann.

b) Applaus zu einem China-Kommentar Genschers

Vor dem Besuch Li Ruihuans hatte sich auch der frühere deutsche Außenminister Genscher zu Wort gemeldet und darauf hingewiesen, daß eine neue Weltordnung ohne die Beteiligung Chinas unvorstellbar sei. Die chinesische Seite hatte diese Bemerkung augenblicklich aufgegriffen und sie in zahlreichen Berichten und Kommentaren weiterverbreitet. (z.B. XNA, 8.u.11.5.97)

c) Kanzler Kohl in Hongkong

Wenige Wochen vor der Li-Visite in Bonn hatte Bundeskanzler Kohl zum Abschluß einer Asienreise auch Hongkong besucht und dort Gespräche mit dem künftigen Regierungschef Tung Chee Hwa geführt (XNA, 10.5.97). Dabei gab er seinem Gesprächspartner, Tung, zu verstehen, daß die Bundesregierung sehr genau darauf achten werde, ob China seine Zusagen nach dem 1. Juli einhalte. Dies gelte besonders für das Verhalten der künftigen Regierung von Hongkong gegenüber den dort lebenden Deutschen sowie den dort tätigen Unternehmen und Institutionen.

Hongkong war die letzte Station der elftägigen Reise Kohls, in deren Verlauf Brunei, Australien und Neuseeland besucht wurden. Die Reise war Bestandteil des Asienkonzepts der Bundesregierung, die dem asiatisch-pazifischen Raum besondere Bedeutung beimißt, vor allem in außenwirtschaftlicher Hinsicht. -we-

4 Strategische Partnerschaft mit Moskau

Vom 22. bis 26.4.97 besuchte Staatspräsident Jiang Zemin die Russische Föderation. Er leitete damit die bereits vierte Gipfelkonferenz zwischen den beiden Nachbarstaaten seit der Geburtsstunde Rußlands im Dezember 1991 ein.

Höhepunkt des Besuchs war die Unterzeichnung einer „Gemeinsamen Erklärung“ über die Begründung einer „strategischen Partnerschaft“.

Zusätzlich kam es zu einem Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen in den gemeinsamen Grenzregionen, das nicht nur von China und Rußland, sondern auch von den ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan unterzeichnet wurde (Näheres dazu im Thema „Strategische Partnerschaften“). -we-

Innenpolitik

5 Debatte über die Zukunft der Staatsindustrie: „Die Kommunistische Partei verliert die ökonomische Basis ihrer Herrschaft“

Der von der Beijinger Führung betriebene neue Reformschub in der Staatsindustrie, der eine durchgreifen-